

Karl-Heinz Gronenberg
Fraktionsvorsitzender
der CDU/SPD Fraktion Gröningen

, 15.05.2019

An die Mitglieder des
Verbandsgemeinderates
der Verbandsgemeinde
Westliche Börde

Beschluss Nr. 086/19/2017 v. 08.06.2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Verbandsgemeindebürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,

mit o. g. Beschluss wurde die Finanzierung des künftigen Verwaltungssitzes festgelegt.
In Erwartung weiterer Entscheidungen (finanzieller Art) fühlt sich unsere Fraktion veranlasst, noch einmal auf folgenden Sachverhalt hinzuweisen.

Obwohl die Mitgliedsgemeinde Gröningen durch Übertragung ihrer Fördermittel zu Gunsten der VG den "Löwenanteil" des Finanzbedarfs zur Verfügung stellt, wird mit diesem Beschluss die Mitgliedsgemeinde Gröningen mit ca. 40 % Anteil an der Finanzkraft der VG verpflichtet über 70 % des notwendigen Eigenmittelanteils aufzubringen, wogegen die übrigen Mitgliedsgemeinden mit insgesamt 60 % Finanzkraft der VG zusammen nur einen Eigenmittelanteil von 20- 30 % aufzubringen haben. (Ich erhebe keinen Anspruch auf die Genauigkeit meiner Überschlagsberechnungen!)

Das ist nicht gerecht und widerspricht dem Solidargedanken, der einer VG zu Grunde liegen sollte!

Dies wird auch nicht gerechter, weil der Gröninger Stadtrat mehrheitlich , und aus den unterschiedlichsten Gründen, dieser Regelung zugestimmt hat.

Mit dieser Meinung stehen wir übrigens nicht allein da. Auch Juristen teilen die Ansicht, dass der Stadt Gröningen in diesem Verfahren kein Nachteil entstehen darf. Der Nachteil wäre über entsprechende Vereinbarungen vermeidbar.

Man mag jetzt dazu stehen, wie man will. Fakt ist, dass für künftige Vorhaben damit keine günstige Ausgangslage geschaffen wurde! Vielleicht haben sich ja auch bei einigen VGR-Mitgliedern die Ansichten inzwischen geändert.

Wir beantragen deshalb, diese Problematik noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, o.g. Beschluss aufzuheben und durch einen Beschluss zu ersetzen, der alle Mitgliedsgemeinden verpflichtet, den Eigenmittelanteil entsprechend ihrer Finanzkraft aufzubringen.

Wir könnten so vermeiden , den künftigen Verbandsgemeinderat mit dieser Problematik zu konfrontieren und würden bereits durch den noch amtierenden Verbandsgemeinderat eine günstigere Ausgangsposition für die Planung und Finanzierung künftiger Maßnahmen schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl - Heinz Gronenberg
Fraktionsvorsitzender
der CDU/SPD Fraktion Gröningen